# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten entgegenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Nahrekkanzeile entgegen. Einsendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 93. [52. Jahrgang.] Sonntag den 20. April 1913. Erste (Abend-)Ausgabe. [52. Jahrgang.] Nr. 93.


**Berlin, den 19. April.**

## Rückblicke.

In Hinblick auf die bevorstehende Vermählung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg bildet die Frage der Braunschweigischen Thronfolge neuerdings vielfach den Gegenstand publizistischer Erörterungen. Die Familienverbindung zwischen dem hohenzollernschen und dem welfischen Fürstenhause ist von den weitesten Kreisen des Volkes als friedlicher Ausgleich bisheriger Gegensätze freudig begrüßt worden. Wie diese Familienverbindung auf der verbürgten Gewähr vollster Aussöhnung beruht, so wird auch eine anderweite Regelung der braunschweigischen Thronfolge, die nur durch einen erneuten Beschluß des Bundesrats erfolgen kann, die Herstellung desjenigen friedlichen Verhältnisses zwischen dem Hause Cumberland und dem Bundesstaate Preußen zur selbstverständlichen Grundlage haben, das nach den Prinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung die Beziehungen unter allen Bundesstaaten ordnet und sichert. Eine andere Lösung würde weder mit dem hohen Sinne beider fürstlicher Häuser noch auch mit dem Verantwortungsgefühl des Bundesrats vereinbar sein.

* * *

Der Reichstag setzte in dieser Woche die zweite Lesung des Etats fort und beschäftigte sich zunächst mit dem Etat des Auswärtigen Amts. Die Besprechung wurde von dem Staatssekretär von Jagow mit einer kurzen Darstellung der Lage am Balkan eingeleitet. Im weiteren Verlauf äußerte sich der Staatssekretär zur Frage des Diplomatenersatzes, indem er den Grundgedanken der hierzu eingebrachten Resolution sympathisch aufnahm. Die großen Fragen der auswärtigen Politik, die bei der Heeresvorlage ausgiebig erörtert worden sind, traten diesmal mehr zurück, dagegen wurde eine Anzahl von besonderen Fragen eingehend behandelt. Bei der dann folgenden Debatte über den Etat des Reichskanzlers nahm dieser zu einer scharfen Zurückweisung sozialdemokratischer Angriffe das Wort. Wie im preußischen Abgeordnetenhause, so brachte auch im Reichstag der Redner der Sozialdemokraten die Verhinderung des Auftretens des Herrn Compère-Morel vor. Der Reichskanzler erwiderte unter dem lebhaften Beifall der bürgerlichen Parteien, daß wir bei unserer Wehrvorlage keine fremden Herren mitreden lassen wollen. Ebenso nachdrücklich wies er unter warmer Zustimmung des Reichstags die Kritik zurück, die sich der sozialdemokratische Redner gegen Äußerungen des Kaisers bei den Jahrhundertfeiern gestattete. Der Reichstag wandte sich dann dem Militäretat zu, dessen Beratung noch nicht zu Ende geführt werden konnte.

* * *

Der Reichskanzler hatte in seiner Rede am Schluß der Debatte des Reichstages über die Deckungsvorlagen die wohlwollende Kritik hervorgehoben, welche im allgemeinen die Regierungsvorschläge trotz einiger Bedenken im Parlamente gefunden hatten. In der letzten Woche hat sich in den Erörterungen der Presse noch deutlicher gezeigt, daß die Einwendungen, welche sich meist gegen Einzelheiten der Steuervorlagen richten, das Gelingen des Werkes nicht gefährden werden. Am deutlichsten tritt das beim Wehrbeitrag hervor. Die allgemeinen Bedenken dagegen verstummen allmählich. Immer mehr erkennt man, daß der Wehrbeitrag der allein mögliche Weg ist, so große einmalige Ausgaben zu decken, und daß es sich dabei um ein Opfer des ganzen Volkes handelt, welches trotz mancher Härten, die hier und und da den einzelnen treffen, doch jeder mit patriotischem Geist für die Sicherheit des Reiches zu bringen bereit ist. Es scheint sicher, daß der Reichstag, nachdem die Budgetkommission die Abänderungsvorschläge der Parteien eingehend geprüft und berücksichtigt hat, schließlich den Wehrbeitrag mit überwältigender Mehrheit annehmen wird.

Auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Uebertragung der Stempelabgabe wurden von keiner Seite Bedenken grundsätzlicher Natur erhoben. Daß eine stärkere Heranziehung der Gesellschaftsverträge zur Stempelbesteuerung gerechtfertigt ist, wurde allgemein anerkannt. Bei den Stempeln auf Versicherungsverträge wurde es besonders begrüßt, daß endlich die außerordentlich lästige Doppel- und Mehrfachbesteuerung der Versicherungspolicen durch die Bundesstaaten aufhören soll. Daraus erwachsen den Versicherungsgesellschaften wie den Versicherten große Vorteile. Demgegenüber sind die Bedenken, welche sich gegen die Höhe der Steuersätze und gegen die Grenze für die Abgabenfreiheit richten, von keiner entscheidenden Bedeutung. Allgemein ist dagegen der Wunsch, daß schon jetzt die längst in Aussicht genommene Abschaffung des einen Drittels vom Grundstückstempel durchgeführt werde. Für die Beibehaltung der Zuckersteuer in ihrer bisherigen Höhe zeigt sich eine freundliche Stimmung. Nur bei der Besitzsteuervorlage der Regierung sind bisher unter den Parteien Gegensätze grundsätzlicher Natur hervorgetreten. Die Konservativen und das Zentrum beharren bei dem Regierungsvorschlag der veredelten Matrikularumlagen. Die Liberalen fordern direkte Reichsbesitzsteuern. Da bei allen bürgerlichen Parteien der ernste Wille zur Verständigung vorhanden ist, so ist zu hoffen, daß sie sich schließlich auch über eine Form der Besitzbesteuerung einigen werden. Das Erbrecht des Staates wird von den Konservativen und dem Zentrum weiter bekämpft, während von anderer Seite ernste Bedenken dagegen nicht erhoben werden.

In der abgelaufenen Woche haben auch die großen wirtschaftlichen Verbände, wie der Hansabund, die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, der Bund der Industriellen, zur Wehr- und Deckungsvorlage öffentlich Stellung genommen. Die Wehrvorlage fand allgemeine Zustimmung, und in den Deckungsvorschlägen der Regierung sah man auch hier trotz mancher Bedenken eine geeignete Grundlage dafür, die Mittel für die neuen Heeresausgaben zu beschaffen. Beim Wehrbeitrage insbesondere wurde hervorgehoben, daß die ausländische Presse darin ein Zeichen innerer Kraft erblickt habe, daß der Versuch, eine Milliarde aufzubringen, ohne wesentliche Gegnerschaft vor sich gegangen sei.

* * *

Freiwillige Beiträge zu den Kosten der Wehrvorlagen gehen der Reichshauptkasse fortgesetzt in erheblichem Umfange zu. Es befinden sich darunter sowohl große Beiträge reicher Kaufleute und Gewerbetreibender, als auch Spenden aus den ärmeren Bevölkerungsschichten. Mehrere Kriegervereine, ein evangelischer Arbeiterverein und andere Vereinigungen sind mit kleineren und größeren Summen vertreten. Ein höherer Forstbeamter gab freiwillig ein Zehntel seines Vermögens; die Deutschen in Antwerpen veranstalteten aus eigenem Antriebe eine Sammlung, die binnen weniger Tage einen Ertrag von 150 000 ℳ erbrachte. Der Reichskanzler hat für alle diese Spenden bereits im Reichstage öffentlich den Dank des Vaterlandes ausgesprochen.

* * *

Eine schlagende Abfertigung der Tiraden, mit denen die Sozialdemokratie auch im gegenwärtigen Wahlkampfe wieder die Massen aufzuhetzen sucht, bildete die Rede, die der Minister des Innern in der Generaldiskussion der dritten Etatslesung im Abgeordnetenhause gehalten hat. Wenn der Minister im Eingange seiner Rede das Vorgehen der Polizei bei der Ausweisung eines französischen „Genossen" aus Magdeburg nicht nur für berechtigt, sondern geradezu für selbstverständlich erklärte, wenn er darauf hinwies, daß auch die deutsche Langmut und Geduld gegenüber einem Ausländer ihre Grenzen hat, der zur Agitation gegen eine zur Abwehr ausländischer Angriffe bestimmte Maßnahme herangeholt wird, so wurde ihm von allen bürgerlichen Parteien des Hauses zugestimmt.

Auch der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, daß den Ausländern nicht das Recht zugestanden werden könne, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. Weiter wandte sich der Minister in energischen Worten gegen die fortgesetzten Versuche der Sozialdemokratie, das preußische Staatswesen im Inlande und Auslande herunterzureißen und den Anschein zu erwecken, als ob es durchsetzt und beherrscht sei vom Großkapital und Großunternehmertum zum Nachteil der minderbemittelten Schichten und namentlich der Arbeiterschaft. Der Minister wies darauf hin, daß die Ordnung der Arbeiterverhältnisse bei uns im wesentlichen Sache der Reichsgesetzgebung ist, die auf diesem Gebiete mit Zustimmung, ja vielfach auf Veranlassung der preußischen Regierung so außerordentlich viel zum Wohle der Arbeiter geleistet hat, daß aber auch die preußische Gesetzgebung innerhalb der ihr gezogenen Grenzen stets bemüht gewesen ist, gerade die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung zu wahren durch immer weitere Ausgestaltung des Schulwesens, durch Beseitigung oder Herabsetzung der Schulgelder, durch steuerliche Begünstigung der minder Leistungsfähigen und durch zahlreiche sonstige Maßnahmen sozialer Natur; und er warf die Frage auf, wie es, wenn die sozialdemokratische Darstellung der Zustände in Preußen tatsächlich zuträfe, denn wohl komme, daß unsere einheimische Arbeiterschaft dauernd im Inlande bleibt, daß speziell in Preußen die Auswanderung auf den Nullpunkt herabgesunken ist und umgekehrt jetzt alljährlich ausländische Arbeiter in Scharen zu uns hereinströmen, hier zu bleiben und sich einzubürgern suchen? — Nicht im einseitigen Interesse des Großkapitals werde die Sozialdemokratie von der Regierung bekämpft, sondern weil die Regierung berufen und verpflichtet sei, die zu Recht bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen den Ansturm der Sozialdemokratie zu schützen, weil die Sozialdemokratie die geschichtlich und rechtlich begründete monarchische Spitze in Preußen und dem Reich beseitigen wolle, und weil sie damit einen Sturm entfesseln und den Zerfall des Reiches herbeiführen würde. Zum Schluß seiner von anhaltendem Beifall begleiteten Ausführungen wandte sich der Minister gegen das Bestreben der Sozialdemokratie, in Preußen das Reichstagswahlrecht oder ein noch radikaleres Wahlrecht einzuführen, und hob hervor, daß für die gleichmäßig berührenden großen nationalen und sozialen Fragen alle Schichten der Bevölkerung schon längst das gleiche Wahlrecht besitzen, während in den dem Landtage vorbehaltenen Sachen ein der wirtschaftlichen und kulturellen Gliederung der Bevölkerung mehr entsprechendes abgestuftes Wahlrecht gerecht und ein zwingendes Gebot politischer Notwendigkeit sei. In der Tat bringt — ganz abgesehen von allem übrigen, was gegen die Radikalisierung des preußischen Wahlrechts spricht, — das heterische, auf Untergrabung unserer Gesellschaftsordnung und der Machtstellung des Vaterlandes gerichtete Vorgehen der Sozialdemokratie tagtäglich von neuem den Beweis dafür, daß Regierung und bürgerliche Parteien unverantwortlich handeln würden, wollten sie nach sozialdemokratischem Rezept den roten Wählermassen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der preußischen Volksvertretung einräumen.

Bei der weiteren Beratung des Etats kam der Finanzminister Dr. Lentze auf die Frage einer Reichsvermögenssteuer zu sprechen und lehnte den Gedanken der Einführung einer solchen mit derselben Bestimmtheit ab, wie es der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstags am vergangenen Sonnabend getan hatte. Der Minister legte dar, daß Preußen zur Befriedigung der wachsenden Kulturbedürfnisse keine andere Quelle, mehr habe als die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer. Die Kommunen seien mit ihren Steuerquellen ebenfalls am Rande der Leistungsfähigkeit. Wenn das Reich, als der stärkste von den dreien, anfange, diese Steuerquellen mit Beschlag zu belegen, und immer weiter auszuschöpfen, dann würden sowohl der preußische Staat wie auch unsere Kommunen entscheiden leistungsschwach, und dies müsse unter allen Umständen vermieden werden.

* * *

Verglichen mit dem Ringen der Parteien, den allgemeine Reichstagswahlen zu verursachen pflegen, geht die Landtagswahlbewegung in Preußen unter weit gelinderen Formen vor sich, wobei freilich einzelne Wahlkreise, in denen die Mehrheit hart umstritten ist, auch einen entsprechend schärferen Ton aufweisen. Diese Bezirke aber gruppieren sich zu einem nicht geringen Teil um Berlin. Von den zwölf Berliner Landtagswahlkreisen sind sieben fortschrittlich, fünf sozialdemokratisch vertreten; es wäre hier möglich, daß den Linksliberalen eine oder zwei Rückeroberungen gelängen. In Teltow-Beeskow-Steglitz-Bilmersdorf standen zuletzt 612 konservativen Stimmen 485 liberale und 400 sozialdemokratische gegenüber. Ein harter Kampf steht auch in Schöneberg-Neukölln bevor. Hier erhielt die Volkspartei 344 Stimmen. Die Sozialdemokraten erzielten 528, die Konservativen 187. In der Stichwahl wurde der Fortschrittler gewählt. Auch in Barnim, wo insgesamt 24 000 Wahlmänner gewählt werden, steht ein heißes Treffen in Aussicht. Dort wählten seinerzeit die Konservativen neben zwei Vertretern der Rechten den Volksparteiler Schepp. Das fortschrittliche Mandat in Frankfurt a. O., wo hinter den 280 fortschrittlichen Wahlmännern 240 freikonservative folgten, wird jedenfalls wiederum stark umstritten sein. Sonst gehört vor allem Breslau zu den Punkten, wo die Entscheidung schwanken wird: bei 842 Wahlmännern der vereinigten Parteien der Rechten und des Zentrums hatten die Liberalen zuletzt 480, die Sozialdemokraten 307 aufgebracht. — Im ganzen läßt sich feststellen, daß, wie bisher so auch diesmal, von den 443 Mandaten zum Abgeordnetenhause etwa ein Drittel ohne jeden Kampf derjenigen Partei, die den Sitz innehatte, überlassen werden dürfte. Etwa 135 Abgeordnete wären also von vornherein der Sitze sicher, denn gegen ihre Wahl wird kein Finger erhoben. Von diesen Mandaten haben die Konservativen 56, das Zentrum 45, die Freikonservativen 17, die Nationalliberalen 13 und die Fortschrittler 4 inne. In einem weiteren erheblichen Teil der Wahlkreise kommen keine zählkandidaturen vor. Wirklich strittig sind mithin etwa 150 Kreise. Infolgedessen fanden bei der letzten Wahl bei 443 Mandaten nur 25 Stichwahlen statt. Bei den Reichstagswahlen von 1912 waren dagegen 191 Stichwahlen erforderlich. Wie man weiß, hat sich die verhältnismäßige Stabilität im Besitzstande der Landtagsfraktionen erst nach und nach eingestellt. Die Wahlen von 1866 brachten 136 Abgeordnete der Rechten, 173 der Linken und 15 des Zentrums in das Haus; 1870 war die Rechte auf 155, die Linke auf 183 gelangt, während das Zentrum 58 zählte. Im Jahre 1873 sank die Rechte auf 65 Abgeordnete, die Linke stieg auf 245 Mitglieder, darunter 123 Nationalliberale; das Zentrum war 88 stark. Mit geringer Aenderung blieb dieses Verhältnis auch bei den Wahlergebnissen von 1877 bestehen, wohingegen 1879 die Parteien der Rechten 161 Sitze erhielten. Die Linke rettete nur 142 Mandate, das Zentrum erhielt 97. Die Wahlen von 1888 legten dann die Zusammensetzung zum ersten Male fest, die sich seitdem mit geringen Schwankungen behauptet hat: 195 der Rechten, 112 der Linken, 98 des Zentrums. Im Jahre 1908 waren in das Abgeordnetenhaus eingezogen 212 Konservative beider Fraktionen, 101 Liberale, 104 des Zentrums.

Während die Sozialdemokratie ihrer hinreichend bekannten Taktik überall folgt, wo sie es vermag, ist die polnische Agitation bestrebt, drohenden Einbußen nach Kräften zu begegnen. Im Jahre 1903 betrug die Anzahl ihrer Mandate nur dreizehn, nämlich zehn der Provinz Posen und drei westpreußische. Durch Abkommen mit dem Zentrum wurden 1908 auch in Oberschlesien drei polnische Landtagsabgeordnete gewählt, dagegen ging damals das Mandat für Gnesen-Witkowo verloren, wo die deutschen Stimmen durch die zahlreichen Ansiedlungsdörfer des Wahlkreises einen beträchtlichen Zuwachs erfuhren. Somit stellte sich bisher die Gesamtzahl der polnischen Abgeordneten auf fünfzehn. Da die oberschlesischen Mandate infolge der neuerdings dort gebotenen Haltung des Zentrums den Polen selbst aussichtslos erscheinen, so rechnen sie nur mit zwölf Abgeordneten (neun in Posen, drei in Westpreußen). Einige Hoffnung setzen sie zwar auf den Wahlkreis Pleß-Rybnik, falls ihr Kandidat neben den beiden des Zentrums in die Stichwahl mit dem deutschen Kompromißkandidaten kommen sollte. Aber der „Kurjer Poznanski" meint, bescheidener geworden, daß es sich weniger um die Erlangung vieler Mandate als um die Wahl von möglichst viel polnischen Wahlmännern und um die Durchführung der nationalpolnischen Agitation namentlich in denjenigen Kreisen handle, die unter dem Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes litten. Die zwölf sicheren polnischen Mandate verteilen sich wie folgt: Schrimm-Schroda-Wreschen 3, Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel 2, Pleschen-Jarotschin-Krotoschin-Koschmin 2, Adelnau-Ostrowo-Schildberg-Kempen 2, Neustadt-Pußig-Karthaus 2, Lübau (Westpr.) 1. — Sehr eifrig wird für erhoffte Zukunftsaussichten von den Polen in westdeutschen Bezirken agitiert. Dabei begegnete ihnen der arge Verdruß, daß ihnen ein Stammesgenosse auf einer Versammlung in Gerthe unerwartet ein paar Wahrheiten vorrückte. Der Bergmann Tomczak führte aus, es sei alles Unsinn, was die Vorredner über die herrliche Vergangenheit Polens gesagt hätten. Den polnischen Arbeitern sei es noch nirgends so gut gegangen wie in Deutschland. In Polen hätten die Herren den Arbeiter über ein Bund Stroh ziehen und durchpeitschen lassen. Tomczak wurde dafür mit Gewalt vom Vorstandstische gezerrt und mußte, um Mißhandlungen zu entgehen, unter polizeilichem Schutze die Versammlung verlassen.

---

Das **Königliche Staatsministerium** trat heute zu einer Sitzung zusammen.

---

## Die Stellungnahme der französischen Regierung zu dem Zwischenfall von Nancy.

Der französische Minister des Auswärtigen Angelegenheiten Herr Pichon hat, wie wir hören, gestern dem Kaiserlichen Botschafter in Paris Herrn von Schoen mitgeteilt, daß die französische Regierung infolge der bedauerlichen Vorgänge in Nancy beschlossen habe, zwei Polizisten, die am Bahnhof Dienst taten, abzusetzen, die Polizei von Nancy unter Strafversetzung der Polizeikommissare von Stadt und Bahnhof zu reorganisieren und den Präfekten zu versetzen.

Hiernach wird anzuerkennen sein, daß die französische Regierung unverzüglich, und noch bevor sie von den Ausfagen der beteiligten Deutschen in Kenntnis gesetzt werden konnte, eingegriffen und die Versäumnisse der Beamten geahndet hat. Die politische Seite der Sache scheint uns daher in befriedigender Weise, selbstverständlich unter Vorbehalt der Ansprüche der Geschädigten, erledigt zu sein.

Ueber das tatsächliche Ergebnis der von der französischen Regierung veranstalteten Untersuchung bringt die Agence Havas folgenden Bericht:

Das französische Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Note über die Zwischenfälle in Nancy:

Am Montagabend um 7 Uhr wurde der Minister des Innern nach seiner Rückkehr aus dem Departement Meuse durch die Presse von dem Zwischenfall in Nancy unterrichtet, von dem ihm Mitteilung zu machen der Präfekt des Departements Meurthe-et-Moselle unterlassen hatte. Am Dienstag früh erteilte er im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten dem Staatsrat Ogier, Direktor des Kontrollbureaus im Ministerium des Innern, den Auftrag, über die Umstände, unter denen sich der Zwischenfall ereignet hatte, und über die, welche ihn begleitet hatten, ausreichende Beweise zu schaffen und ihm mitzuteilen. Ogier, der Paris Dienstagabend verließ, kehrte gestern nacht zurück und überreichte heute nachmittag Minister Klotz seinen Bericht. Ogier hat untersucht, was sich im Kasino, in der Lothringischen Bierhalle, auf dem Wege von dieser Bierhalle zum Bahnhof und schließlich auf dem Bahnhof selbst ereignet hatte.

Die Ereignisse spielten sich folgendermaßen ab:

Am Sonntagabend wandte sich im Kasino ein Verkäufer Cholet der Zeitung „La-Republicain", der die Anwesenheit zweier Deutschen bemerkt hatte, an den Schutzmann Louis Bize, der in dem Saale Dienst hatte, und sagte zu ihm: Es sind hier zwei Deutsche, die nur Offiziere sein können. Wenn sie während des Stückes pfeifen oder lärmen sollten, so können sie sicher sein, daß ich sie über die Sessel ziehe. In Groß Moyeuvre sind Deutsche ohne Grund über mich hergefallen, und ich konnte mich nur dank der Schnelligkeit meiner Beine retten. Der Schutzmann Louis Bize forderte Chollet auf, Gewalttätigkeiten und Lärm zu unterlassen, da er sonst aufgeschrieben und aus dem Saale gewiesen würde. Die Unterredung fand ausschließlich zwischen Chollet und dem Beamten statt; sie wurde selbst von den Nächstsitzenden nicht gehört. Die beiden Deutschen zogen sich vor der Vorstellung von „Fritz der Ulan" zurück. Die Vorstellung im Kasino endete ohne irgendeinen Zwischenfall.

Die Lothringische Bierhalle ist eines der meistbesuchten Gasthäuser in Nancy, in das die Bevölkerung gern nach Schluß des Theaters geht. In der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 12½ oder 12¾ Uhr nahm eine andere Gesellschaft von fünf Deutschen, drei Herren und zwei Damen, an einem der Tische des Gasthauses Platz. Zwischen ihnen und einer Gesellschaft von vier Gästen begann eine Unterhaltung. An den Nachbartischen saßen mehrere Studenten, von denen sich einige für das erste Examen im Deutschen vorbereiten. Dies erlaubte ihnen, dem Gespräche zu folgen. Die Studenten begannen sich aufzuregen, weil die Deutschen einige beleidigende Ausdrücke laut ausgesprochen hatten. Einer von den Studenten sagte: Ich werde ihnen jetzt einen Vers aufschreiben, den ein Deutscher für die Deutschen selbst verfaßt hat:

Ihr Deutschen seid ein großes Volk,
So simpel und so begabet,
Man sieht es wahrhaftig nicht an,
Daß Ihr das Pulver erfunden habet!

Einer der Studenten ließ das Papier auf den Tisch der Deutschen fallen, die ohne Aerger diesen Scherz von zweifelhaften Geschmack aufnahmen. Da der Wirt des Gasthauses in diesem Augenblick hinzugekommen war, sagte einer der Deutschen zu ihm, daß, da er selbst Student sei, er wisse, wie die akademische Jugend sich zu unterhalten liebe.

Der Zwischenfall zwischen der deutschen Gesellschaft und den Studenten in der Lothringischen Bierhalle ist demnach ohne Bedeutung. Aber der Wortwechsel dauerte, wenn auch weniger lebhaft, zwischen der deutschen Gesellschaft und den vier Gästen fort, deren Persönlichkeit übrigens ebensowenig wie die der Deutschen festgestellt werden konnte. Von den letzteren weiß man nur, daß sie von zwei Frauen begleitet waren, von denen die eine, die schwarz gekleidet war, mit abreiste, während die andere, grau gekleidet, sich auf dem Bahnhof von ihnen trennte. Sie scheint eine Französin zu sein. In der Lothringischen Bierhalle hat sich während der Nacht vom 13. zum 14. d. M. kein weiterer Zwischenfall zugetragen.

Als die Bierhalle geschlossen wurde, zwischen 1 Uhr 10 Minuten und 1 Uhr 15 Minuten Morgens, brach die deutsche Gesellschaft zum Bahnhof auf. Der Wortwechsel scheint sich zwischen den Deutschen und demjenigen der vier Gäste fortgesetzt zu haben, mit dem er begonnen hatte. Eine Anzahl von Studenten folgte den beiden Gruppen. Mehr als 15 bis 20 Personen waren jedoch in keinem Augenblick zusammengeschart. Auch waren keine auffälligen Gesten wahrzunehmen, noch Rufe zu hören, weshalb die Schutzleute am Point Central die Gruppe als vollständig normal ansehen konnten. Die Polizeibeamten folgten der Schar auf eine Strecke von 4- bis 500 Meter vom Point Central bis zum Platz Saint Jean, ohne daß Schreie, Gesten oder Rufe ihre Aufmerksamkeit erregt hätten. Vom Platz Saint Jean bis zum Bahnhof ist noch eine Strecke von 150 bis 200 Meter, die die Gruppe unter denselben Bedingungen zurücklegte.

Die Gruppe der fünf Deutschen langte auf dem Bahnhof an, beständig von etwa 20 Personen begleitet. In diesem Augenblick hat einer der Deutschen oder vielmehr eine der Damen aus der deutschen Gruppe den Schutzmann, der sich in der Bahnhofhalle befand, sie gegen die Leute zu schützen, die ihnen vom Point Central gefolgt waren. Der Beamte riet der Gruppe, in den Wartesaal zu gehen. Dann wandte er sich an die jungen Leute und forderte sie auf, diese Fremden in Ruhe zu lassen. Die meisten von den Leuten, die den Deutschen von der Bierhalle aus gefolgt waren, scheinen diesem Rat nachgekommen zu sein. Aber an die Stelle dieser Gruppe von Manifestanten, welche sich in diesem Augenblick fast ganz entfernte, trat fast sofort eine andere. Hierfür ist eine Erklärung notwendig. Sämtliche öffentlichen Lokale in Nancy, Cafés und Bierhäuser, müssen um 1 Uhr Nachts schließen. Was das Bahnhofsrestaurant betrifft, so schließt es um 12 Uhr 53 Minuten Nachts, um um 1 Uhr 40 Minuten Morgens wieder zu öffnen. Von dieser Stunde an ist es also für den Rest der Nacht das einzige in Nancy geöffnete Lokal. Dorthin begeben sich sämtliche Nachtbummler. Dies ist eine aus ganz verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Menge, in der aber neben einigen Leuten aus den besseren Bevölkerungsschichten, die hier die Nacht durchschwärmen wollen, mehr niedere Elemente angetroffen werden, die der Hefe der Bevölkerung von Nancy angehören. Da das Bahnhofsrestaurant nicht als öffentliches Lokal betrachtet wird, hat das Publikum keinen offenen Zugang von außen, und um hinein zu gelangen, muß man mit einem Billett versehen sein. Alle diejenigen, die dorthin gehen wollen, versehen sich also mit einer Bahnsteigkarte, und man kann feststellen, daß in den 15 bis 20 Minuten vor Eröffnung des Bahnhofsrestaurants stets in der Wandelhalle oder auf dem Bahnsteig eine ziemlich große Anzahl Personen vorhanden ist, die sich mit Bahnsteigkarten versehen haben, um sich in das Restaurant zu begeben, und die in die Wartesäle hineingehen.

Eine der Damen kam zu dem Beamten, der die Fahrkarten zu kontrollieren hat, um sich bei ihm zu beklagen. Dieser rief einen seiner Kameraden herbei, der die fünf Fremden auf einem Umwege zu dem auf dem dritten Bahnsteig, d. h. dem gegenüber dem Eingang des Bahnhofs stehenden Zuge führte. Während ein Beamter des Bahnhofs die deutsche Gruppe von drei Herren und zwei Damen auf den Bahnsteig und zum Zuge gehen ließ, bemerkten die Manifestanten in einem Wartesaal 2. Klasse die zwei vorher angelangten Deutschen, offenbar die, welche im Kasino gewesen waren, und von denen seitdem nicht mehr die Rede gewesen ist. Nachdem diese von einer Person aus der Menge als Deutsche bezeichnet waren, schrie man, hinter ihnen her, und es kam zu einem Handgemenge, bei dem der Hut eines der Deutschen zur Erde fiel. Als der dienstfahrende Unterchef des Bahnhofs den Lärm im Wartesaal 2. Klasse hörte, begab er sich sofort dorthin. Er nahm die beiden Deutschen mit sich und führte sie zu ihrem Zuge. Er ging sodann nach seinem Bureau zurück, bemerkte aber in dem Augenblicke, als er es betreten wollte, daß die Manifestanten sich nach dem dritten Bahnsteig wandten und wieder die Wagen bestiegen. Er ging zurück, stieg sodann in den Wagen, in dem sich die Lärmenden befanden, brach sich durch dieselben Bahn und gelangte nach zwei oder drei Minuten in das mittlere Abteil, in dem sich die drei Herren und eine Dame befanden. Er bemerkte, wie einer der Manifestanten den rechten Arm über einem Reisenden erhoben hatte, der mit dem Rücken nach der Lokomotive hin saß, ergriff ihn am Arm und ließ ihn und ebenso die anderen Manifestanten aus dem Wagen steigen. Sobald der Wagen geräumt war, wurden die Türen (portières) geschlossen. Die Polizeibeamten, die den Dienst auf dem Platze hatten, waren, als sie den Lärm auf dem Bahnhof gehört hatten, hineingegangen, ohne eine andauernde Tätigkeit auszuüben, um die Unordnung zu verhindern, deren Zeugen sie waren. Aus den verschiedenen Aussagen des Personals, das auf dem Bahnhofe in der Nacht vom 13. auf den 14. April Dienst hatte, geht hervor, daß keiner der Beamten vom Dienst sah, daß die deutschen Reisenden geschlagen wurden